

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Sonnabend

31. Juli 1926

Verlag und Anzeigenstellung:
Geschäftszeit 6 1/2 bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Für glatten Verlauf in Genf.

Diplomatische Schritte in Madrid und Warschau.

Paris, 31. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Besprechungen zwischen Vandervelde, Francqui, Briand und Poincaré über ein angeblich gemeinsames Vorgehen Frankreichs und Belgiens in der Währungsfrage finden in der Presse ein außerordentlich skeptisches Echo, das in der Presse der Rechten ebenso stark ist wie in den Blättern der Linken.

Briand und Vandervelde sollen bei ihrer Unterredung dahin übereingekommen sein, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund unter keinen Umständen mehr länger verzögert werden soll. Briand habe den Standpunkt vertreten, daß nach dem Ausscheiden Brasiliens aus dem Völkerbund das deutsche Aufnahmegeruch in Genf auf keinerlei Einspruch mehr stoßen wird. Briand soll Vandervelde davon unterrichtet haben, daß die französische und italienische Regierung gemeinsam in Madrid und Warschau Schritte unternommen haben, um die Regierungen Spaniens und Polens davon abzuhalten, sich gleich Brasiliens vom Völkerbund zurückzuziehen, wenn ihren Forderungen auf einen ständigen Ratssitz nicht stattgegeben wird.

Polens und Spaniens Völkerbunds-Taktik.

London, 31. Juli. (I.L.) Im Zusammenhang mit der Völkerbundstagung im September findet gegenwärtig ein Meinungsaustausch zwischen verschiedenen Ratsmächten statt. Die Hauptbefürworter der englischen Regierung, die, wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet, von einigen anderen Regierungen geteilt werden, bestehen darin, daß Deutschlands Zulassung zum Völkerbundsrat und zur Völkerbundversammlung nicht

durch unvorhergesehene Ereignisse wie im März gestört werden dürfe. Aus diesem Grunde werde verlangt, daß

Deutschlands Wahl zu den beiden Körperschaften in den ersten Sitzungen der Tagung stattfinden, während die Wahlen für die nichtständigen Sitze um acht oder zehn Tage verschoben werden

sollten. Die polnische Regierung verlange aber, daß Polen zu einem der neuvorgeschlagenen Dreijahresräte dem Völkerbundsrat am gleichen Tage gewählt werden solle, an dem Deutschland einen ständigen Sitz erhalte. Aber damit noch nicht genug. In dem von Lord Cecil vorgeschlagenen Plan für die Einrichtung von neuen nichtständigen Sitzen sei niedergelegt, daß nach Ablauf der Wahlperiode dieser Kategorie von Sitzen die Völkerbundversammlung mit Zweidrittelmehrheit entscheiden soll, ob irgendein nichtständiges Mitglied für eine weitere Periode wiedergewählt werden kann. Polen verlange aber, daß es von einer Zweidrittelmehrheit schon im voraus, d. h. gleich bei seiner ersten Wahl, als wiedergewählt erklärt werden solle. Das bedeute, daß die dreijährige Zeit praktisch in eine sechsjährige umgewandelt werden würde. Mehrere Völkerbundsmitglieder, einschließlich der skandinavischen Mächte wollten von einer solchen Regelung nichts wissen. Auch bei Spanien sei eine Ueberraschung möglich, denn es sei noch keineswegs sicher, daß es einen dreijährigen Sitz annehme. Aber es sei möglich, daß, nachdem Deutschland seinen Sitz im Völkerbundsrat eingenommen habe, Madrids Anspruch auf einen ständigen Sitz sowohl von Berlin, wie von Paris unterstützt werde, zumal Deutschland in hohem Grade bemüht sei, auf gutem Fuße mit dem früheren Neutralen zu bleiben.

Kulturarbeit.

Zum Verbandstag der Metallarbeiter.

Der Verbandstag des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der am Montag in Bremen seinen Anfang nimmt, fällt in Zeiten schwerster wirtschaftlicher Krise. In dem vom Vorstand herausgegebenen Jahrbuch für 1925 kommen die Erscheinungen der wirtschaftlichen Depression noch nicht zur Behandlung; das Buch spricht im Gegenteil in den einleitenden Bemerkungen davon, daß das Berichtsjahr im Zeichen der Konsolidierung des europäischen Kapitals gestanden habe. Alle Berichte, Tabellen, Zahlen und Daten erscheinen daher unter dem Gesichtswinkel der gegenwärtigen riesigen Arbeitslosigkeit, die persönlichen und Staatsleben fast vollkommen beherrscht, wie veraltet.

Und doch spiegelt sich gerade im Bericht über das „gute Jahr“ 1925 ein Stück Verbandsgeschichte wieder, das zu den erfreulichsten Abschnitten gehört. Der Verband ist mit seinen 764 609 Mitgliedern bisher noch von keiner anderer Organisation weder in Deutschland noch in der Welt überholt worden. Gegen das Vorjahr ergibt sich ein Zuwachs von fast 54 000 Mitgliedern, ein Beweis dafür, daß alle Kräfte im Verband bestrebt sind, den Zustuf von Mitgliedern zu fördern. Beweis sind die Zahlen von 1918 bis 1923 noch nicht wieder erreicht; ein weites Rekrutierungsgebiet bleibt noch zu bearbeiten, wobei es an Aufklärungsmaterial und Aufklärungsmaterial wahrlich nicht fehlt. Allein der Umstand, daß von den durch Tarife des Verbandes erfassten Metallarbeitern nur 40 Proz. organisiert sind, ist geradezu eine Aufforderung an die Nichtorganisierten, die Nutznießer an den Tarifverträgen durch Eintritt in die Organisation auszugleichen. Vielleicht gestattet aber ein normales Ansteigen der Mitgliedsziffern eine bessere Bearbeitung des Einzelnen, seine wirksamere Ausbildung als Verbandsmitglied und Kollege. Eine Vertiefung des Organisationsgedankens muß dann die notwendige Folge sein.

Unter den Mitgliedern befanden sich 63 306 Frauen und 53 670 Jugendliche. Die Zahl der Jugendlichen wechselt allerdings fortgesetzt durch die Umschreibungen infolge Erreichung der Altersgrenze. Interessant bei der Mitgliederbewegung ist, daß die Abgänge von solchen Mitglieder, die vor 1918 eingetreten sind, äußerst gering sind. Sie betragen noch nicht ein Prozent, ein Beweis dafür, daß mit der Dauer der Mitgliedschaft das Zugehörigkeitsgefühl zur Organisation wächst und erstarkt und damit auch das Verantwortungsgefühl des Einzelmitgliedes als Klassenmitglied. Die Zahl der Verwaltungenstellen ist um 16 auf 623 gestiegen. Die Zusammenlegung kleinerer Stellen zu größeren bewirkte diesen zahlenmäßigen Rückgang.

Das Berichtsjahr 1925, das wirtschaftlich noch unter den Nachwirkungen der Inflationszeit stand, begann infolgedessen auch mit einer starken Aktivität des Verbandes. Die Zurückgewinnung des Achtstundentages und die Erhöhung der Löhne standen im Vordergrund der Bewegungen. Die Gesamtbeteiligung der Mitglieder an den Tarifstreitigkeiten sind allerdings gegen das Vorjahr erheblich zurückgegangen, was seinen Grund darin hat, daß sich die Abwehrbewegungen verminderten, dafür sind aber in vielen Orten Angriffsbewegungen geführt worden. Die Streiks hatten im allgemeinen einen geringeren Umfang als früher, nur der Angriffstreik in der Pforzheimer Schmelz- und Metallwarenindustrie umfaßte mehr als 20 000 Personen. Aus dem Ruhrgebiet, wo die Arbeiterschaft infolge der Ruhrbesetzung ganz besonders im Elend steckt, wird im Bericht ein besonders empörender Fall von Unternehmerbrutalität erwähnt. Nach langen, ergebnislosen Verhandlungen brachte dort ein verbindlich erklärter Schiedspruch den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 5 Prozent. Die Unternehmer rächten sich nun an den Arbeitern dadurch, daß sie nach Inkrafttreten des Schiedspruches ohne jede andere Veranlassung 5 Prozent der Belegschaften aufs Pflaster warfen. Im Allgemeinen sind Verbesserungen hinsichtlich der Arbeitszeit in den abgeschlossenen Tarifverträgen festzustellen. In den meisten Verträgen befindet sich die „Kannvorschrift“, nach der bei „wirtschaftlichem Bedürfnis“ die Arbeitszeit verlängert werden kann, jedoch wird dieses Zugeständnis an die Unternehmer durchaus nicht überall ausgenützt. Wenn das 1925 schon nicht einmal der Fall war, dürfte damit der Beweis erbracht sein, daß es den Unternehmern bei der Durchsetzung der Kannvorschrift mehr auf das Prestige als auf eine Verlängerung der Arbeitszeit ankommt. Vermehrt haben sich insbesondere die Verträge, in denen die Arbeitszeit nur bis 52 Stunden verlängert werden darf.

Die Zahl der Tarifverträge ist seit dem Jahre 1924 von 570 auf 638 gestiegen, die Zahl der unter tariflichen Bedingungen Arbeitenden stieg von 1 766 275 auf 1 870 683. In fast allen Tarifverträgen sind Ferien vorgegeben, der Bericht sagt leider nicht, wo die 15 Verträge existieren, die ohne Ferienbestimmungen angenommen werden mußten.

Für die Betriebsrätebewegung stellt der Bericht ein erfreuliches Aufwärts fest. Es wurden insgesamt 30 287 Betriebsräte gemeldet. Von diesen waren 21 295 im Metallarbeiterverband, 2080 in anderen freien Arbeitergewerkschaften und 2451 in den IFA-Verbänden organisiert. Leider sind immer noch über 1000 unorganisierte Betriebsräte gewählt worden.

Der Deutsche Metallarbeiterverband zeigt in allen seinen Aufgabengebieten eine umfassende Tätigkeit zum Wohle seiner Mitglieder und zur Erfüllung seiner sonstigen Aufgaben. Die

Münchener Geständnis.

Versuch der Abwälzung der Verantwortung.

Die „Augsburger Postzeitung“, das angesehenste Organ der Bayerischen Volkspartei schrieb dieser Tage, die Ehre Bayerns erfordere, daß volle Aufklärung geschaffen und der Hege gegen die bayerische Justiz ein Ende gemacht werde.

Sie hat Recht. Mit einer Einschränkung. Es handelt sich nicht um eine Hege gegen die bayerische Justiz, es handelt sich um eine Anklage gegen einen kleinen Kreis von Beamten, die ihr Amt mißbraucht haben. Die Ehre Bayerns erfordert, daß ein Trennungstrieb gegen diesen Kreis gezogen wird.

Die Verteidigung Gürtners gegen die Anklagen des Genossen Levi hat die „Münchener Zeitung“ übernommen, das Organ, das dem Justizminister wie Herrn v. Kahr nahesteht. Ein langer Aufsatz der „Münchener Zeitung“ vom Freitag, der diesem Zweck dient, enthält ungewollt wichtige und vollständige Geständnisse.

Zunächst wird zugegeben, daß ein Eingriff stattgefunden hat, der die Mörder vor der Verhaftung bewahrte:

„Dieser Darstellung der tatsächlichen Vorgänge durch den Abgeordneten Levi, die auch hier nur sinngemäß wiederholt ist, soll im einzelnen gar nicht widersprochen werden. Da Herr Levi sich auf die vom bayerischen Justizministerium zur Verfügung gestellten Akten stützt, mögen die Dinge im großen und ganzen richtig dargestellt sein.“

Der Ablauf der Dinge, so wie sie Genosse Levi darstellt, wird also zugegeben. Bestritten wird, daß Gürtner auf die Staatsanwälte eingewirkt habe. Damit wird der Staatsanwalt Krück preisgegeben. Ihm wird Entschluß und Schuld der Begünstigung überlassen.

Darin liegt das erste Geständnis. Es folgt jedoch eine Verteidigung für den Staatsanwalt Krück, zwar nicht eine juristische, aber eine psychologische Verteidigung, aus der hervorgeht, daß am 14. März 1921 ein strafbarer Eingriff in das Verfahren zugunsten der Mörder stattgefunden hat. Diese Verteidigung lautet:

„Wenn wir uns nun aber rein psychologisch das Verhalten des Staatsanwalts Krück erklären wollen, so müssen wir uns doch in die damalige Zeit zurückversetzen. Die Dinge schienen heute im Jahre 1926 rückwärtig ganz anders an, als sie damals erschienen. Die Zeit war politisch außerordentlich bewegt, und die politischen Machtverhältnisse waren durchaus unklar. Das Reichsgericht verurteilte Heerführer und U-Boot-Kommandanten, jede Verhaftung mit politischem Einschlag rief eine gewaltige Pressechekke und einen Sturm hervor, die politischen Gefangenen wurden befreit, und jeden Augenblick waren Unruhen und Umwälzungen zu erwarten. Daß ein Staatsanwalt, der nicht einmal in München, sondern in Augsburg saß, unsicher in seinen Entschlüssen geworden wäre, wäre an sich durchaus denkbar und verständlich. Was es mit der sicher falschen Behauptung des Dr. Cademann auf sich hatte, der Justizminister wollte die beiden Augsburger Staatsanwälte sprechen, ist wohl nicht aufgeklärt. Cademann selbst hat sich darüber anscheinend nicht geäußert.“

Das ist ein zweites und wichtiges Geständnis. Es war also unter der Ministerpräsidentenschaft des Herrn v. Kahr unklar, ob nicht die Macht an die Einwohnerwehr übergehen werde? Es war also zu befürchten, daß die Beurteilung der Mörder einen Putz hervorgerufen hätte?

Diese Verteidigung sagt klipp und klar: weil der Staatsanwalt Krück fürchten mußte, daß Herr Eicherich und Herr Kanzler, die Einwohnerwehr und die Feme die kommende Macht sei, ist er in der Ausübung seiner Pflicht schwankend geworden.

Sie sagt: weil der Staatsanwalt Krück fürchten mußte, daß die Morde künftig zu legalisierenden Handlungen einer kommenden rechtsradikalen Diktatur wären, hat er die Mörder begünstigt.

Sie sagt: weil die Machtverhältnisse unklar waren, hat der Staatsanwalt Krück gegen das Recht verstoßen, um es mit der vermutlich kommenden Diktatur nicht zu verderben. Also: es wird zugegeben, daß der Staatsanwalt Krück des Verbrechens der Begünstigung aus politischen Motiven schuldig ist. Es wird lediglich der Versuch unternommen, die politischen Motive zu entschuldigen.

Ein hinreichendes Geständnis!

In der Absicht, Dr. Gürtner zu verteidigen, beschuldigt also die „Münchener Zeitung“ den Staatsanwalt Krück. Sie beschuldigt auch den Dr. Cademann. Aber wen beschuldigt sie noch? Wer waren die Hintermänner, die den Auftrag gaben, die Macht, von der noch unklar war, ob sie die kommende sei?

Ueber die Rolle Gürtners und der Hintermänner wird der Prozeß Klarheit schaffen, den die bayerische Regierung anstrengen wird.

Eine Hege und ihre Widerlegung.

Die „Münchener Zeitung“ Nr. 208 möchte die bayerische Regierung zu einer Aktion gegen Genossen Levi im Reichsrat veranlassen. Sie schreibt:

„Hier wird mit amtlich vom bayerischen Justizministerium zur Verfügung gestellten Akten ein solch ständischer Unfug getrieben, daß die bayerische Staatsregierung durchaus allen Grund hätte, hiergegen ganz offiziell im Reichsrat Einspruch zu erheben.“

Zu dem Vorwurf, es handle sich um einen Mißbrauch von Akten, empfehlen wir der „Münchener Zeitung“ sich im „Bayerischen Kurier“ Nr. 210 zu informieren. Dort heißt es:

„Die Anschuldigungen Levis stehen offenbar in engstem Zusammenhang mit dem Bericht, den Levi im Femeauschuß in seiner Eigenschaft als Hauptberichterstatter in der Sitzung vom 20. April erstattet hat. Levi hat damals — nach dem ausführlichen Bericht der „Frankfurter Zeitung“ Nr. 293 — über die Ermordung des Kellners Hartung folgendes behauptet.“

Die Einzelheiten, die wir vorgetragen haben, sind also bereits veröffentlicht, sowohl in der „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 293) als auch im „Vorwärts“ (Nr. 185). Herr Dr. Gürtner hat lange genug Zeit gehabt!

Die bayerischen Königsmacher.

Sie schließen sich zusammen.

Nürnberg, 31. Juli. (M.B.) Wie der „Frankfurter Kurier“ meldet, ist die Vereinigung zwischen dem Bayerischen Heimats- und Königsbund und der Bayerischen Königspartei vollzogen worden. In die Vorstandschaft des Bayerischen Heimats- und Königsbundes tritt der bisherige erste Vorsitzende der Bayerischen Königspartei, Justizrat Leberreiter, ein.

Generalversammlung, die jetzt nach einer Pause von zweieinhalb Jahren stattfindet, wird die Kraft finden, den Verband und seine Einrichtungen zu stärken und zu festigen. Sie wird das um zu eher tun können, als auch diesmal wieder der kommunistische Anteil an den Delegiertenlisten stark zurückgegangen ist. Trotz umfangreichster und skrupelloser Propaganda gelang es den Moskauer nicht, ihre alte Mandatsziffer zu erreichen. Sie gingen vielmehr von 34,2 Prozent, die sie noch auf dem Kasseler Verbandstag 1924 unter den Delegierten zählten, auf rund 16 Prozent für Bremen zurück, so daß ihr Einfluß gleich Null zu setzen ist. So erfreulich dieses Ergebnis umfangreicher Aufklärungsarbeit im Ganzen ist, so unerfreulich sind die Verhältnisse noch in der größten Verwaltungsstelle des Verbandes, in Berlin. Hier gelang es den Kommunisten noch einmal, die Delegierten für sich zu erhalten, wobei ihnen nicht nur die schlechte Wirtschaftslage und die starke Arbeitslosigkeit zu statten kam, sondern auch die Saumseligkeit eines großen Teils der Mitglieder, die auf dem Boden der Amsterdamer Internationale stehen.

Der Verbandstag wird freilich nach den Wegen suchen müssen, um die kommunistische Zerstörerarbeit in der Gewerkschaft zu beenden. Wenn er die wirklich gewerkschaftliche Einheitsfront mit klarem Ziel und eindeutigen Mitteln wieder herstellt, wird die unter der Parole „Einheitsfront“ laufende kommunistische Zellenbauerei auch für Berlin beseitigt werden.

Was tut der Justizminister? Im Falle Magdeburg.

Das preussische Innenministerium hat mitgeteilt, daß es wegen der Angriffe des Magdeburger Untersuchungsrichters auf Polizeibeamte „an zuständiger Stelle das Weitere veranlassen“ werde.

Diese zuständige Stelle ist das preussische Justizministerium. Bis jetzt ist jedoch nicht zu erfahren, was diese zuständige Stelle zu unternehmen gedenkt. Während die Justizkommission in Magdeburg mit Hilfe der Rechtspreffe ein neues Kesseltreiben gegen die Beamten der Republik inszenierte, berät man im Justizministerium mit der berühmten Gemessenhaftigkeit und Schweigsamkeit, die den Frondeuren noch immer zur gute gekommen ist. Wir stellen deshalb öffentlich die Frage, was das Justizministerium gegen einen Richter unternimmt, der sich durch seine Veröffentlichung des Ansehens verlustig machte, das sein Beruf erfordert?

Eine Antwort an Kölling.

Magdeburg, 31. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Auf das Schreiben des Untersuchungsrichters Kölling veröffentlicht Rechtsanwalt Dr. Braun, der Rechtsbeistand des verhafteten Rudolf Hoff, folgende Erklärung:

„Der Herr Untersuchungsrichter Kölling hat in wiederholten Erklärungen meine gelegentliche Zusammenarbeit mit dem Berliner Kriminalkommissar Busdorf in der Nordische Kölling beanstandet. Dazu ist folgendes zu bemerken:

1. Sowohl der Herr Untersuchungsrichter wie auch der Magdeburger Kriminalkommissar Tenholt verhielten sich gegenüber Sputen, die von Haas weg und zu Schröder hinführten, streng abweisend. Noch wenige Tage vor Auffindung der Leiche Hellings im Hause Schröders erklärten mir beide Herren in Gegenwart des Gerichtsschreibers, daß sie eine Verbindung zwischen Schröder und Hellings, wie ich sie behauptete, für gänzlich ausgeschlossen hielten. Hätte ich ihnen die Ergebnisse meiner Ermittlungen in der Nordische Hellings zugeweiht, wären Sie ohne Zweifel unbeachtet und unverwertet geblieben. Ich war gezwungen, mein Material dem Kriminalkommissar Busdorf zu übergeben, damit eine objektive Prüfung desselben gewährleistet wurde. Selbstverständlich konnten meine Kenntnisse des Falles nur dann voll ausgenutzt werden, wenn ich bei einigen Erhebungen des Kriminalkommissars zugegen war. Unsere Zusammenarbeit führte in wenigen Tagen zum erwarteten

Erfolg. Eine juristische Rechtfertigung unseres Verhaltens hat Ministerialdirektor Dr. Falk in der „Vossischen Zeitung“ vom 27. Juli bereits gegeben.

2. Die Angaben des Herrn Untersuchungsrichters, er habe von dem Vorgehen Busdorfs keine Kenntnis gehabt, sind unrichtig. Die Akten beweisen das Gegenteil.

3. Die heilige Stellungnahme des Herrn Untersuchungsrichters zu der Frage der Zusammenarbeit zwischen Busdorf und mir entspricht nicht seiner anfänglichen Beurteilung. Noch am Tage der Obduktion der Leiche Hellings erklärte er sich mir gegenüber anerkennend über die Fähigkeiten Busdorfs, ohne ein Wort des Tadels hinsichtlich unserer Zusammenarbeit. Außerdem bezeugte er sein unerschütterliches Vertrauen in meine Objektivität während einer Unterredung mit dem damaligen Berichterstatter des „Berliner Lokalanzeiger“, Redakteur Behrendt, den er anmahnte, sich bei mir über den Stand der Untersuchung zu informieren.

4. Die Auffindung der Leiche Hellings ist das alleinige Verdienst des Kriminalkommissars Busdorf. Trotz der Widerstände in Magdeburg führte er den Nord in wenigen Tagen auf. Kriminalkommissar Tenholt hat seit dem 16. Juni ergebnislos an der Sache gearbeitet. Daß der Herr Untersuchungsrichter Kölling diesen Kommissar trotz seiner vielen unentschuldigten Irrtümer und Unterlassungen in Schutz nimmt, ist unbegreiflich.

5. Ein Kriminalkommissar ist kein willen- und gedankenloses Werkzeug in der Hand des Untersuchungsrichters. Er ist nicht verpflichtet, unter Hintanhaltung seiner eigenen, besseren Erkenntnis offensichtlich falschen Ermäßigungen und Anweisungen eines Untersuchungsrichters zu folgen.“

Külz' Zeitungsverbote.

Eine Aktion des Ortsausschusses des ADGB.

Der Ortsausschuß Berlin des ADGB hatte sich wegen des Verbotes der „Roten Fahne“ in einem Protestschreiben am 24. Juli an das Reichsinnenministerium gemeldet und darin auf die Schädigungen der in der Druckerei Beschäftigten wie auf die Unzumutbarkeit des Verbotes hingewiesen. Der Reichsinnenminister Külz hat darauf in einem längeren Schreiben vom 27. Juli geantwortet, in dem es u. a. heißt:

„Ich habe dem Rechtsvertreter der „Roten Fahne“ erklärt, daß ich bereit sein würde, meine Einwilligung zu einer Aufhebung des Verbots zu erklären, wenn die zuständigen Herren der „Roten Fahne“ unter Abgabe einer entsprechenden Erklärung zu erkennen geben würden, daß ihnen Beschimpfungen der Republik und ihrer Repräsentanten fern liegen. Die Herren der „Roten Fahne“ haben es also ganz in der Hand, die Schädigungen zu beseitigen, die ihnen durch das zum Schutze der Republik notwendige Verbot der Zeitung entstehen können.“

Völlig abwegig ist der in der kommunistischen Presse zum Ausdruck gebrachte Gedanke, als ob ich einen Feldzug gegen die kommunistische Presse mit diesen Verböten (des „Knüttels“ und der „Roten Fahne“, Red.) eröffnen wollte. So wenig ich, politisch gesehen, die politische Richtung des Kommunismus für berechtigt halte, so selbstverständlich ist mir doch die Tatsache, daß die einmal vorhandene kommunistische Richtung auch eine Presse braucht, die Anspruch auf Gleichberechtigung mit der anderen Presse hat. Sie hat aber auch die gleichen Verpflichtungen, zu denen es zweifellos gehört, sich von Beschimpfungen, wie sie hier in geradezu widerlicher Form vorliegen, freizubalten.“

Diese ganze Auseinandersetzung hatte der Reichsinnenminister nicht nötig gehabt, wenn er ebenso wie der preussische Innenminister die Beleidigungen in den betreffenden Zeitungen dem Strafrichter überlassen hätte. Mit dem Verbot schädigt er auch diejenigen, die mit dem Inhalt der Zeitungsnummer gar nichts zu tun haben.

Der Reichsverband der Presse hat sich wiederholt mit den Zeitungsverboten beschäftigt und verlangt, daß kein Verbot ausgesprochen wird, ohne daß der Redaktion und der Geschäftsleitung vorher Gelegenheit gegeben wird, sich zu äußern. Ist das in diesem Falle geschehen? Oder hat man den Beschluß des Staatsgerichtshofs herbeigeführt, ohne die Beschuldigten zu hören?

Dem Reichsinnenminister ist aber auch wohl die Tatsache entgangen, daß sowohl das „Deutsche Tageblatt“ in Berlin wie der „Stahlhelm“ in Magdeburg das Gedicht, der „Stahlhelm“, auch das Bild, vollständig nachgedruckt haben. Ist gegen diese beiden Organe auch der Staatsgerichtshof angerufen worden? Oder stehen sie unter einem besonderen Schutze?

Fortgang der polnischen Verhandlungen.

„Gegenseitiges Wohlwollen.“ — Einwirkung der deutsch-französischen Eisenvereinbarungen.

Warschau, 31. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der „Robotnik“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Genossen Dr. Diamand, Mitglied der polnischen Handelsvertragsdelegation, der soeben aus Berlin zurückgekehrt ist. Diamand erklärte: Die Verhandlungen mit Deutschland in der Handelsvertragsangelegenheit verlaufen völlig normal und entbehren nicht eines gewissen gegenseitigen Wohlwollens. Die Gerüchte der deutschen Rechtspreffe, die über angebliche neu entstandene Schwierigkeiten reden, entbehren jeder Grundlage und beabsichtigen lediglich, auf den Gang der Verhandlungen störend einzuwirken. Die Bureaucratie, die überall das reaktionärste Element bildet, sucht auch hier durch Ränke und Intrigen ihren vorgegebenen Behörden die Arbeit zu erschweren. Es muß noch eine Zeitlang dauern, bis der Mittelweg, auf dem die Wünsche der deutschen und polnischen Delegation sich begegnen, gefunden wird. Der Kommission, zu deren Kompetenz die Einreise- und Aufenthaltsfragen gehören, schlug die polnische Delegation vor, die Verhandlungen in dieser Angelegenheit auf Montag zu verschieben, da bis dahin die Ausländergesetze in Polen geregelt werden sollen. Dieser Schritt der polnischen Delegation wurde von maßgebenden deutschen Politikern als ein Akt der Loyalität aufgefaßt. In der Zollfrage finden gegenwärtig in Berlin Konferenzen mit den interessierten Industriezweigen statt. Beschlüsse hierüber werden von der Regierung vom Standpunkt der Gesamtinteressen und im Interesse des künftigen Vertrages gefaßt werden.

In den letzten Tagen ist ein wirtschaftliches Ereignis eingetreten, das von größter Bedeutung ist. Es handelt sich um eine wirtschaftliche Einheit der deutschen und französischen Metallindustrie. Dieser Einheit sollen auch andere Staaten beitreten, so Polen, Belgien, die Tschechoslowakei und Oesterreich. Der englische Standpunkt wird sich in den politischen Zeitungen der nächsten Tage offenbaren. Diese wichtige wirtschaftliche Tatsache ist geeignet, in ihrer Auswirkung den Gang der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen zu beeinflussen.

Polen und das Moskauer Kriegsgeschrei.

Unser Warschauer Korrespondent meldet uns: Die gestrigen Ausführungen des „Vorwärts“ über die angeblichen Kriegsabsichten Polens sind von der hiesigen Presse mit Beifall aufgenommen worden. Es wird allgemein begrüßt, daß die sozialistische Zeitung im Gegenjahre zu der deutschen Rechtspreffe die Gerüchte ins rechte Licht gesetzt hat. (Wir hatten den Moskauer Alarm auf das Bedürfnis der Moskauer Nachhörer zurückgeführt, durch außenpolitischen Lärm von ihren schweren inneren Parteikämpfen abzulenken. Dabei bleibt es unbestritten, daß militäristische Kreise in Polen es nicht vermeiden, militäristischen Tendenzen in Moskau in die Hände zu arbeiten. — Die Red.)

Der erste Paneuropäer findet am 3.—5. Oktober in Wien statt. Wie es in einem Aufruf der Union heißt, sind als Kongreßteilnehmer alle willkommen, die willens sind, Europa durch die Zusammenarbeit seiner Völker zu retten, alle, für die Europa mehr ist als ein leeres Wort.“ Anmeldungen deutscher Teilnehmer an das Berliner Paneuropäische Sekretariat, SW 48, Wilhelmstr. 20.

Nachricht verleiht der Herrschaft Dauer.“ Diese orientalische Regierungswelt will der Sultan von Marokko, wie er erklärte, gegenüber Abd el Krim anwenden. „Er sei ihm Wilde schuldig.“ Der Schattenkönig von Marokko spielt vergeblich Theater. Lieber Abd el Krim hat er so wenig wie über sonst etwas auch das geringste zu entscheiden.

Im Zeichen der Grubenlampe.

London, 22. Juli 1926.

In einem der vornehmen Verfallenenräume in der Nähe des Parlaments ein merkwürdiges Bild: Gepflegte Frauen in erlesenen Sommerkleidern, weißbehaardete Blumen in Händen, stehen im Gespräch mit kohlenstaubgeschwärmten Gesellen im Kumpelzeug, Aermel hochgetrempelt, Grubenlampen in der Hand, deren Schwere die schmalen Damenhände wägen. Kleine Nachbildungen dieser Lampen in Messing schmücken die Brust der Damen oder baumeln an den Rockausschlägen der Herren. Man sieht diese Kumpellämpchen jetzt überall, in der Stadt, im Zug, im bus, Erwachsene tragen sie und Kinder, Jungen mit der Rippe und den Abzeichen der Secondary Schools, der höheren Schulen. Sie werden zugunsten der Bergarbeiter verkauft.

Und was ist das hier — die feinen Damen und die rußigen Gesellen? Sie stehen vor einem schwarzgestrichenen Aufbau, fast könnte man meinen, es wäre eine Straßenbühne für den alten englischen Kasperl und sein Ehegespons, Punch and Indy, wie man sie hier und da noch in den Straßen Londons sieht. Aber hier ist es ein anderes: die Nachbildung eines Stollens „vor Ort“, und pit-lads, wie man die englischen Kumpel wohlwollend nennt, zeigen, wie nur lachend und im Wägen gearbeitet werden kann. Oben, wech in schwarz, eine Ansehler: „Frauenhilfe für die Bergarbeiterfrauen und -kinder.“ Und rings an den Wänden des Saals Bilder wie zu einer Ausstellung; in einer Ecke ein üppiger Bergköstlicher Blumen: Kieselsteine, Gladiolen, Nelken, Rosen. Run schwirren nette junge Mädels umher, bieten an. In einem Nebenraum, überhäuft voll, mehr Bilder, Schwarzweißkunst, Bücher, Kunstgewerbe, kostbare Stoffe. Hinter den Tischen, verbindlich und gültig lächelnd, Frauen in geschmackvollem Dress — „Damen der Gesellschaft“ würden wir sie bei uns nennen.

Run, das alles ist veranstaltet von einem Frauenbund, der schon mehr als 126 870 Pfund Sterling — mehr als 2½ Mill. M. für die hungernden Frauen und Kinder in den Kohlenbezirken gesammelt hat. Heute soll hier Wohlhabenden, die in keiner Obereiste erscheinen wollen, Gelegenheit gegeben sein, ihr Scherlein beizufeuern. Erste Künstler gaben ihre Werte für den Zweck her, Schriftsteller schrieben Widmungen in die Bücher, Förderer identischer Kunst- und Wertgegenstände hin. Lena Ashwell, die beliebt und in ihrem Alter noch bewunderte Schauspielerin, eröffnet die Ausstellung über den „fair“, den Markt, wie sie sagt, und ein leidenschaftlicher Geistlicher, ein canon, Domkapitular der englischen Kirche, dankt ihr in anmutigen Worten für ihre Liebesarbeit. „Ich bin der Zustimmung aller gewiß“, erklärt Lena Ashwell, „man sei für oder wider die Bergarbeiter, daß arme Kinder und Frauen in dem wirtschaftlichen Kampf zweier Kräfte der Nation nicht leiden dürfen!“

Diese Worte lösen den stürmischen Beifall der Versammlung aus. Mit Staunen erlebt man als Fremder, als Deutscher, eine solche Verkörperung fremden Volkstums. Mit Bitterkeit denkt man der Zustände bei uns. Unser Bürgertum, wäre es — seit 1866—1870 unter Führung des Nationalliberalismus vergiftet durch

den Nachtrausch preussisch-bismarckischer Erfolge —, wäre es fähig dazu, in einem derartigen Streit zu erkennen, auf welcher Seite die wirtschaftlichen Nachmittel rücksichtslos und roh, auch gegen die Schwachen, ausgenutzt werden? Würde unser Bürgertum ebenfalls solchen Kampf als unanständig, als nicht fair betrachten?

Und, ach! unsere Kirche (oder unsere Kirchen) — würde man sich von ihnen ein derartiges Eingreifen vorstellen können, wie es jetzt in England durch die kirchlichen Führer geschieht — nicht von vornherein für und vom Standpunkte der tatsächlich herrschenden wirtschaftlichen Machtverhältnisse aus?

Und noch ein drittes: Auch die Sportsleute zusehender jetzt zur Hilfe auf für die, die ausgegrenzt werden sollen. Das hieße bei uns: die Jugend auf den Hochschulen, den höheren Schulen, die Jugend des Bürgertums! Könnte man sich diese unsere Jugend vorstellen: mit Stolz das Zeichen des Bergmanns, die Kumpellampe tragend als Kennzeichen, daß sie den unedlen Weg der brutalen Gewalt verachten?

Karl Baller.

Die erste Luftfahrt in über 10 000 Meter Höhe. Am 31. Juli 1901 unternahmen die beiden Professoren Dr. Säring und Berion eine Ballonfahrt mit dem Ballon „Preußen“, die für die Wissenschaft von größter Bedeutung wurde. Es gelang den beiden berühmten Forschern zum ersten Male, die Lufthöhe von 10 000 Metern zu überschreiten und mit Hilfe der mitgenommenen Apparate zu erforschen. In jener Zeit war man noch nicht so gut ausgerüstet für Höhenfahrten wie heute, so daß die Fahrt von sehr unangenehmen gesundheitlichen Folgen für die beiden Gelehrten war. Die Professoren hatten in erster Linie das Bestreben, die Luftverhältnisse in den größten Höhen festzustellen. Aber ihre Anstrengungen waren nur zum Teil von Erfolg begleitet, da die Höhenkrankheit trotz der Einnahme von Sauerstoff sie in einer Höhe von mehr als 10 000 Metern unfähig machte, Beobachtungen anzustellen. Schon bei einer Höhe von 9000 Metern, wo sie 30 Grad Kälte gemessen hatten, befief sie nach ihrer eigenen Darstellung große Müdigkeit. Aber sie hatten trotzdem noch die Fähigkeit, mehrere Beobachtungen auszuführen und zu protokollieren. In über 9000 Metern Höhe fiel die Temperatur auf 40 Grad, und alle Flüssigkeiten froren ein. Bei einer Höhe von 10 250 Metern konnte von genauen Beobachtungen nicht mehr die Rede sein, da die Schwäche der Gelehrten so groß wurde, daß sie nicht mehr zusammenhängend denken konnten. Prof. Säring schlief ein, und als Prof. Berion durch das Barometer erkannte, daß sie eine Höhe von 10 300 Metern erreicht hatten, zog er das Ventil, um dadurch den Abstieg zu bewirken. Die kleine Anstrengung des Ventilziehens genügte aber, um den Gelehrten in eine tiefe Ohnmacht sinken zu lassen, so daß sein Kamerad, als er nach kurzer Zeit aus der eigenen Ohnmacht erwachte, ihn von tiefem Schlaf umfangen fand. Zuerst stieg der Ballon noch einige 100 Meter höher, da die Deffnung des Ventils bei der dünnen Luft sich erst nach einigen Minuten bemerkbar machte. Dann fiel er regelmäßig und sicher. Als der Ballon wieder in einer Höhe von 6000 Metern angelangt war, erwachten die beiden Gelehrten vollständig und konnten nunmehr ihre Fahrt fortsetzen, die sie in die Nähe von Kotibus führte. Damit war die erste große wissenschaftliche Höhenfahrt beendet, die Beobachtungen in Luft Höhen von mehr als 10 000 Metern ermöglichte.

Meteorologische Station im Innern Grönlands. Die tote und öde Eiswelt im Innern Grönlands, das unter Gletschern bis zu mehr als 2000 Meter Höhe begraben liegt, bildet das Ziel einer abenteuerlichen Expedition, die zurzeit von amerikanischen Forschern ausgerüstet wird. Ihr Leiter ist Prof. W. H. Hobbs von der Universität Michigan, der auf dem Gebiet der Gletscherkunde und der Geologie als Autorität gilt. Die Expedition will schon in den nächsten Wochen die Ausreise nach Grönland antreten; sie wird mit Flugzeugen, mit Apparaten für drahtlose Telegraphie und allen erforderlichen wissenschaftlichen Hilfsmitteln ausgestattet werden, die eine genaue Erforschung der meteorologischen Verhältnisse und der Bewegung der großen grönländischen Gletscher gestatten. Eine der Hauptaufgaben der Expedition ist die Einrichtung einer Beobachtungsstation auf dem Inlandeis. Prof. Hobbs hofft, einen Stab von Beobachtern zusammenzubringen, der sich bereitfindet, in dieser Station ein Jahr lang auszuhalten, was angesichts der dort herrschenden furchtbaren klimatischen Verhältnisse größte Selbstverleugung erfordert. Die wissenschaftliche Bedeutung dieser Expedition ist jedoch keineswegs gering zu veranschlagen; denn das Grönland bedeckende Kälte- und Hochdruckgebiet steht in enger Wechselwirkung mit den atmosphärischen Aktionszentren bei Island und Newfoundland; es ist eines der Kälteerzwoire, aus denen die mittleren Breiten des Atlantik und Europas ihre Kälte beziehen, und wenn, wie es geplant ist, die grönländische Inlandstation ein ganzes Jahr lang täglich drahtlose Wettermeldungen ausenden wird, so kann aller Voraussicht nach die Wettervorhersage sowohl in Kanada und den Vereinigten Staaten wie in Europa daraus wertvolle Schlüsse ziehen.

Leibgeburt bei Ichthyosauriern. Die merkwürdigen Lagen der seit langem bekannten Embryonen von Ichthyosauriern aus dem Lias waren bisher nicht erklärt. Nach einer Mitteilung, die der Heidelberger Akademie der Wissenschaften vorgelegt wurde, erfährt diese Erscheinung jetzt durch Prof. W. Piepmann (Berlin) eine neuartige Deutung. Piepmann weist nämlich nach, daß in diesen Fällen nach dem Tode des Muttertieres noch Geburtsorgane stattgefunden haben; dadurch wird die unverständliche Lage der Jungtiere ebenso wie andere auffällende Erscheinungen zwanglos erklärt.

Ausbedung einer picenischen Stadt. Bei Ausgrabungen, die Professor Giuseppe Rocchi in Ancona bei San Severino Marche am Abhang des römischen Appennin vornehmen ließ, gelang es, die Stadtmauer des alten Septempeda, das von den Nigolen unter Totila zerstört worden ist, eine große Strecke weit freizulegen. Die italienischen Blätter bezeichnen die Entdeckung als eine der wichtigsten, die italienischen Archäologen in den letzten Jahren gefaßt sind, da die Ausgrabungen, die sie über die Stadtanlage und die Befestigungen geben, von außerordentlichem Interesse sind.

Erstausführungen der Woche. Sonntag: Theater am Rurfarstendamm: Phönix; Dienstag: Schloßpark-Theater: Schwarzmähmel; Mittwoch: Theater: Riff; Donnerstag: Kleines Theater: Rita Cavalieri.

Urania-Vorträge: 23 Jahre im brasilianischen Urwald, 2.—8. August (7); Aufzucht von Affen, 2.—8. August (9); Sonnenrödigkeit und Körperkultur, 2. August (8), 3., 4., 7. August (5), 5., 6. August (5, 8); Süd-Tikal, 2.—8. August (6); Die Vögel der Garküste, 3. August (6); Aus den Bergen, 4., 7. August (8).

Reaktion oder Fortschritt in Mexiko.

Kirchenstreik begonnen. — Gegendemonstration der Gewerkschaften.

New York, 31. Juli. (U.) Zur selben Zeit, als gestern abend sämtliche katholischen Geistlichen in Mexiko die Kirchen verlassen und damit den Kirchenstreik begannen, empfing Präsident Calles die Führer der Gewerkschaften, die ihm eine Entschuldigungsverweigerung, in der der Kampf bis zum äußersten verlangt wurde. Calles erwiderte, er werde ganz entschieden die bisherige Politik weiterverfolgen, und es werde bald feststehen, ob die Revolution oder die Reaktion triumphiere. Die Regierung sei entschlossen, den Kampf bis zum letzten Ende durchzuführen.

Sämtliche Kirchen sind überfüllt und werden von Menschenmengen umlagert. Bevor die Priester die Kirchen verlassen, zeigten sie die Reliquien der Menschenschlange, die sich darauf zu Kundendemonstrationszügen zusammenschloß. Für heute planen die Gewerkschaften Gegendemonstrationen. Die Geistlichkeit forderte die Gläubigen auf, während dieser Demonstration in ihren Häusern zu bleiben, um Blutovergießen zu vermeiden.

Heute nacht versuchten die Soldaten in Mexiko-Stadt den Platz vor einer Kirche zu räumen, wurden jedoch von der Menschenmenge mit Steinschüssen empfangen. Die Soldaten gaben Feuer und verwundeten neun Personen. Darauf wurden die Soldaten in Patrouillen auf die Straßen und Plätze verteilt.

Am ersten August tritt der von der Geistlichkeit angeregte Boykott in Kraft. Danach sollen die Gläubigen nur die notwendigsten Bedarfsartikel kaufen, keine Steuern zahlen und die Kinder nicht mehr in die Schulen schicken. Auf Anordnung der Regierung wurde gegen verschiedene Bischöfe Anklage erhoben.

Die Pflicht, die Besetzung zu vermindern.

Von Chamberlain bestritten! — Die Zusagen vom November und vom März.

Im Unterhaus fragte Genosse Bonionby den britischen Außenminister, ob keine Verpflichtung bestünde, die Besetzungstruppen im Rheinland auf die Stärke der deutschen Garnison in der Vorkriegszeit herabzumindern. Chamberlain hat die Frage verneint. Seine Antwort hat — wie die Antwort über den Stand der deutschen Bewaffnung — in Deutschland und Europa Erstaunen und Ueberraschung hervorgerufen.

Gegenüber den Zweifeln, die mit Chamberlains Auskunft entstanden sind, stellt die offiziöse „Dipl. politische Korrespondenz“ den Anspruch Deutschlands auf Verminderung der Besetzungstruppen wie folgt dar:

Mit der Note der Botschafterkonferenz vom 14. November v. J. ist das Ergebnis der Verhandlungen über die „Rückwirkungen“ dahin formuliert worden, daß u. a. erklärt wurde, einmal, „es soll die Stärke der Besetzungstruppen erheblich herabgesetzt werden“. Der Begriff der normalen Stärke, der an sich nicht ganz klar ist, wurde von deutscher Seite mit Kenntnis und ohne Widerspruch der übrigen Locarnomächte in der deutschen Öffentlichkeit einseitig als identisch mit den Friedensgarnisonstärken Deutschlands in den in Betracht kommenden Gebieten interpretiert. Das geschah u. a. in den Ausführungen, die Reichsaußenminister Dr. Stresemann am 28. Januar im Reichstag machte, als er die auf eine deutsche Anfrage wegen dieses Gegenstandes von den Besetzungsmächten eingegangene Antwort bekanntmachte.

Diese Rückwirkung des Locarnopaktes sollte eintreten, nachdem der Pakt durch die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund rechtskräftig gemacht war. Als sich der Eintritt Deutschlands auf der Märztagung verzögerte, bestand zwischen allen Vertragsparteien von Locarno Einverständnis darüber, daß Deutschland ein Verschulden an dieser Verzögerung nicht treffe, und daß es in der praktischen Politik so gehalten werden sollte, als ob Deutschland bereits Mitglied des Völkerbundes sei. Das ist in der Rede des Reichsaußenministers im Reichstag am 22. März festgestellt und am folgenden Tage vom Minister für die besetzten Gebiete noch weiter unterstrichen worden. Auch auf diese öffentlichen Äußerungen der Reichsminister Dr. Stresemann und Dr. Marx ist niemals von irgendeiner Stelle der Gegenseite ein Widerspruch laut geworden.

Sir Austen Chamberlain kann also nicht bestreiten, daß ganz abgesehen von dem selbstverständlichen, moralischen Anspruch Deutschlands auf Herbeiführung dieser entscheidenden Rückwirkung, eine Zusage in bezug auf diese Herabsetzung der Besetzungstruppen besteht. Eine Meinungsverschiedenheit könnte allenfalls nur über das Maß dieser Herabsetzung bestehen, weil die Auslegung der „Normalstärke“ als der deutschen Friedensgarnisonstärke, die von deutscher Seite von Anfang an öffentlich vorgenommen wurde, von der Gegenseite nicht ausdrücklich bestätigt, wenn auch absolet unwiderprochen geblieben ist. Da indes keine andere Ziffer besteht, die auf Grund irgendeines Rechtsinstituts als „normal“ angeprochen werden kann, so entspricht diese Auslegung nicht nur den deutschen Wünschen und Bedürfnissen, sondern auch durchaus der Gerechtigkeit.

„Ohne indes hierüber in eine Auseinandersetzung mit dem britischen Außenminister eintreten zu wollen,“ erklärt die Korrespondenz abschließend, „dürfen wir feststellen, daß in jedem Falle auch ohne „bindende Erklärungen“ nach dieser Richtung hin von der Gegenseite die Verpflichtung zur Herabsetzung der Truppenstärken im besetzten Gebiet zweifelsfrei eingegangen worden ist, und daß die vorstehend dargelegte deutsche Interpretation über das Ausmaß dieser Verpflichtung nach wie vor als richtig aufrechterhalten wird.“

Finanzabstimmung noch heute.

Eine Reichsgetreidestelle geplant.

Paris, 31. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer wird heute vormittag mit der Beratung der Finanzvorlage beginnen. Sie wird sehr kurz sein und man erwartet, daß die Endabstimmung bereits im Laufe des Tages, mindestens bis abends stattfinden wird. Ueber die einzelnen Artikel der Finanzvorlage kann noch je ein Redner eine Viertelstunde sprechen.

Man versichert, daß nach Annahme der Finanzvorlage die Regierung die Absicht habe, zwei neue Gelegetwürfe einzubringen, und ihre Verabschiedung vor den Ferien zu verlangen. Der erste bezieht sich auf die Amortisationskasse, der zweite auf das Schagamt. Die Regierung soll, wie verlautet, die Schaffung eines Tabakamtes vorschlagen, um den Inhabern der Nationalbonds die Möglichkeit zu geben, diese gegen die Obligationen dieses Amtes umzutauschen.

Die Regierung hat am Freitag abend einen Gelegetwurf in der Kammer eingebracht, der die Schaffung einer Getreidestelle vorsieht. Diese Zentrale soll die ständige Kontrolle über den Getreidemarkt ausüben und jede spekulative Zurückhaltung oder Anhäufung von Getreidevorräten verhindern. Die Regierung scheint sich davon nicht nur eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Brot, sondern auch ein Sinken der Brotpreise zu versprechen.

Wohlfahrtsgröteske.

Die solidesten Leute können von heute auf morgen pleite gehen, oft so gründlich, daß ihnen tatsächlich kein Platz bleibt, den sie noch als „Haus und Heim“ ansprechen dürfen.

Da ist der Herr X. Der stammte ohnehin aus einer begüterten Familie und war geschäftstüchtig genug, um Krieg und Inflation kapitalgesund zu überleben. Dann aber, dann machte er Geschäft mit einem ebenso treudeutschen wie geschäftstüchtigen Herrn, und was Krieg und Inflation nicht fertig getrieben hatten, das schaffte die deutsche Treue. Der gesinnungstüchtige, rechtskundige Geschäftsfreund brach Herrn X das Genick, gründlich und schonungslos, ruinierte sein Geschäft und pfändete dem ehemaligen Freunde seine komfortable Villa in einem westlichen Vorort. Eines Tages bekam X die weniger bössliche als energische Aufforderung, binnen 14 Tagen seine Villa zu räumen. Entsetzt läuft er von Pontius zu Pilatus, zu jedem seiner guten Freunde — keiner kann oder will ihm helfen. Zum Schluß bleibt nur übrig, zum Wohnungsamt zu gehen und um Zuweisung einer Notwohnung zu bitten. Das Wohnungsamt ist sehr harthörig, und der brave X muß hier erneut die Feststellung machen, daß es schon ein Unterschied ist, ob man als Willenbesitzer oder als Bittsteller mit Behörden zu tun hat. Endlich aber findet er doch ein offenes Ohr für seine immer dringlicheren Bitten. Er kann ja mit den besten Dokumenten beweisen, daß er wirklich pleite ist, so pleite, daß er für die nächsten Wochen mit vielleicht dreihundert Mark Vorbestand haushalten muß. Also man verspricht ihm . . . und es schweigt sein Herz in Seligkeit, sein Auge sieht schon den Himmel einer Ein- oder Zweizimmerwohnung für sich, seine Frau und sein Kind offen; da reißt ihn der freundliche Beamte aus allen Himmeln, indem er ihm einen „weißen Schein“ in die Hand drückt. Und erschauernd liest er, daß er nunmehr die Berechtigung hat, eine Wohnung von fünf oder mehr Zimmern zu mieten.

Darauf hat er nun in Anbetracht seiner Lage ja nun verzichten müssen; und so wurde er programmgemäß nach vierzehn Tagen mit Frau und Kind vom Gerichtsvollzieher emittiert. Die seiner Frau gehörigen Möbel fuhr ein von diesem Beamten mitgebrachter Speiditeur auf irgendeinen Speicher — und das Wohlfahrtsamt, das er um Uebernahme der Lagerkosten bat, ermahnte ihn ernstlich, sich baldigst eine Wohnung zu beschaffen, denn man könne nicht umerlos Geld dafür bewilligen . . .

Die Binzer Juwelendiebe.

Berliner Spezialisten führen die Untersuchung.

Die drei Einbrüche in Binz und der vierte Juwelendiebstahl, der gestern in Sellin verübt wurde, veranlaßte die Berliner Landesstriminalpolizei, im Einvernehmen mit den Sektiner Behörden, zwei Kriminalbeamte, die als Angehörige des Sonderbezernats für Hoteldiebstähle über eine umfassende Kenntnis der internationalen Juwelendiebe verfügen, nach Rügen zu entsenden. Es sind Kriminalkommissar Lobbes und Kriminalassistent Birker. Ihre Aufgabe wird es sein, festzustellen, ob eine Bande oder ein einzelner der internationalen Juwelendiebe sich unter die Kurgäste der Bäder eingeschlichen hat. Bisher hat es den Anschein, als ob eine Bande planmäßig ihre Mitglieder auf die Kurorte verteilt hat. Die Beamten sind mit Bildermaterial ausgerüstet, das ihnen die Nachforschungen wesentlich erleichtern wird. Welchen Zeitraum die Ermittlungen in Anspruch nehmen werden, läßt sich heute noch nicht übersehen, da diese Art des Ermittlungsverfahrens besonders langwierig ist. Wie verschiedene Berliner Morgenzeitungen melden, ist vor ungefähr acht Tagen von den Beamten des Dezernats C 1 ein gewisser Hendock verhaftet worden, der als gewerbsmäßiger Hoteldieb schon bekannt ist. Er hatte noch von seinem letzten Diebstahl her eine Strafe zu verbüßen, die er jetzt im Stadtvoigteigefängnis absitzt. Für die Binzer Juwelendiebstähle kommt er aller Wahrscheinlichkeit nach nicht in Frage. Die Gerichte, die gestern aufsuchten, daß sich der flüchtige Frank in Berlin aufhalten sollte, haben keine Bestätigung gefunden. Die Fahndungsinspektion der Kriminalpolizei war gestern nachmittags sofort mit der Nachsuche beauftragt worden. In der Nacht wurden alle besannerten Quartiere durchsucht, aber Frank konnte nicht gefunden werden. Ebenso haben auch die Ermittlungen des zuständigen Dezernates keine Anhaltspunkte für seine Anwesenheit in Berlin ergeben.

Konzert und Reibereien auf dem Humannplatz.

Gestern abend gab der „Männerchor Weihensee“ auf dem Humannplatz ein Konzerte. Etwas später rückte eine Kapelle des Roten Frontkämpferbundes an und konzertierte. Die Folge davon war, daß es zu Reibereien zwischen dem Publikum und dem „Männerchor Weihensee“ auf der einen Seite und den Frontkämpfern auf der anderen Seite kam, die bedrohlichen Charakter annahmen und beinahe in ein Handgemenge ausarteten. Durch das schnelle Eingreifen der Polizei, die Verstärkung hinzugezogen hatte, und die erweislich mehr vermittelnd als draufgängerisch eingriff, konnte der Streit geschlichtet werden. Der „Männerchor Weihensee“ brach sein Konzert ab, die Frontkämpferkapelle konzertierte weiter. Man glaube allgemein an eine beabsichtigte Störung durch die Frontkämpfer, da der „Weihensee Männerchor“ seine Veranstaltung Tage vorher in der Zeitung beantragt haben hatte und der Zutritt der Frontkämpfer den Anschein erweckte, daß ein Tumult provoziert werden sollte. Es stellte sich aber heraus, daß der Platz gleichzeitig beiden Gruppen zur Verfügung gestellt worden war, beide also ein Recht hatten, ein Konzert zu geben.

Rücksichtslose Steuereintreibung.

In einer Zeit, in der gerade kleine Geschäftsunternehmen sehr schwer um ihre Existenz kämpfen müssen, wäre ein Entgegenkommen der Steuerbehörden beim Einziehen fälliger Steuern durchaus wünschenswert. Leider ist dies nicht immer der Fall. Aus Westfalen teilt man uns mit: Ein Maurermeister im Westen der Stadt, der nur noch mit einem Gesellen arbeitet, hat eine Steuerschuld von ungefähr 160 M. Beim besten Willen ist es ihm nicht möglich, die Summe auf einmal oder in größeren Raten zu zahlen. Er schlägt dem Steueramt eine monatliche Ratenzahlung von 12 M. vor und versichert, daß er nicht mehr zahlen kann. Trotzdem erhält er den umgebenden Bescheid, die Summe sei ihm bei einer Jahresverzinsung von 6 Proz. widerruflich gestundet, aber unter folgenden Abzahlungsbedingungen: Am 1. August und am 1. September habe er je 50 M. zu zahlen und den Rest von 60,75 M. am 1. Oktober. Kleinere Ratenzahlungen können nicht entgegengenommen werden. Man kann sehr leicht etwas fordern, aber schließlich muß doch die Steuerbehörde auf die wirtschaftliche Lage des Schuldners Rücksicht nehmen. Gerade in dieser Zeit wäre Entgegenkommen am Platze.

Ein „liebevoller“ Sohn.

Wie wir vor kurzem berichteten, wurde auf Anzeige seines 16 Jahre alten Sohnes Siegfried der Kaufmann B. aus der Reinindendorfer Straße festgenommen, weil er versucht haben sollte, seine Kinder zu vergiften. Das Untersuchungsamt, dem die beschlagnahmten Flaschen und Stullen übergeben wurden, hat jedoch nirgends eine Spur irgendeines Giftes finden können. Als man daraufhin Siegfried B. ernstlich ins Gebet nahm, gab der Junge endlich zu, sich die ganze Beschichte buchstäblich aus den Fingern gelogen zu haben. Ihm paßte die elterliche Aufsicht nicht mehr, weil er sich schon sehr erwachsen fühlte. Als die Mutter in das Krankenhaus gebracht worden war, schenkte ihm eine günstige Gelegenheit gekommen, sich auch der Gewalt des Vaters zu entziehen. Er beschuldigte ihn des Giftmordesversuches und veranlaßte auch seine Geschwister, den gemeinen Schwindel mitzu-

machen. Der Kaufmann B. wurde nach dieser Erklärung sofort aus der Haft entlassen und wird hoffentlich mit dem Sohne, der offensichtlich den Vater falsch beschuldigte, eine recht gründliche Abrechnung halten.

Die Fleischvergiftungen.

Leichtsinn des Fleischbeschauers nachgewiesen.

Die Zahl der Neuerkrankungen in Herzfelde ist noch immer nicht völlig zum Stillstand gekommen. In einigen Familien sind noch neue Fälle von Erkrankungen, die sich in starken Brechdurchfällen, Schwindelanfällen und großer Mattigkeit äußern, zu verzeichnen. Den im Krankenhaus Ralkberge Befindlichen geht es verhältnismäßig gut.

Die gestern von den zuständigen Behörden vorgenommene eingehende Untersuchung hat ergeben, daß das Fleisch von dem auf dem Lehnquart Herzfelde notgeschlachteten Tier, das an Lungentzündung erkrankt war, stammt. Das Tier wurde von Reihner geschlachtet und nachher von ihm aufgetaut. Der Tierarzt Dr. Gaul aus Rüdersdorf hatte hieron Kenntnis und nahm trotzdem eine nur oberflächliche Untersuchung vor, was zu der Einleitung eines Strafverfahrens gegen ihn bei der Staatsanwaltschaft III führen dürfte. Ob gegen Reihner in gleichem Maße vorgegangen wird, steht im Augenblick noch nicht fest, da weitere Untersuchungen abgewartet werden müssen. Jedenfalls ist seine Schuld nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen. Er hat an dem minderwertigen Fleisch, das auf die Abdeckerei gehörte, sehr viel verdient.

Vom Gemeindeamt in Herzfelde wird uns noch folgendes mitgeteilt: Vom Landrat des Kreises Niederbarnim ist dem Tierarzt Dr. Gaul aus Rüdersdorf, da starke Bedenken gegen seine Zuverlässigkeit bestehen, die durch die große Fahrlässigkeit in Herzfelde erwiesen scheint, die Erlaubnis auf weitere Fleischschau entzogen worden. Die Zahl der Erkrankungen ist auf 180 gestiegen. Im Krankenhaus befinden sich 10 Einwohner aus Herzfelde, außerdem sind sechs Krankenabteilungen, wohin Reihner gleichfalls Fleisch lieferte, unter den gleichen Erscheinungen wie die Ortseinsbewohner erkrankt. Die Eingeweide der notgeschlachteten Tiere sind ausgegraben worden und dem veterinär-bakteriologischen Institut in Potsdam zur Untersuchung übergeben worden. Es wurde noch festgestellt, daß das notgeschlachtete Tier in demselben Rübraum aufgehängt wurde, wo bereits mehrere Schlachttiere hingen. Durch Berühren mit den Händen sind dann auch diese gesunden Fleischstücke infiziert worden. Die Untersuchung wird mit größter Sorgfalt weitergeführt.

Der Zensor von Wuhlgarten.

In der Heilanstalt in Wuhlgarten befindet sich eine größere Anzahl von Hospitaliten, durchweg alte und fische Leute, die unbenutzt und pflegebedürftig sind. Diesen alten Invaliden der Arbeit schickt der „Vorwärts“ auf ihren Wunsch eine Anzahl Exemplare kostenlos zu. Bevor die Hospitaliten jedoch die ihnen zugesandten Exemplare des „Vorwärts“ erhalten, werden diese von dem Bureauvorsteher Käbiger auf ihren Inhalt genau geprüft. Alle Artikel, die der Herr Bureauvorsteher für anständig insbesondere in politischer Beziehung hält, werden von ihm herausgeschnitten. Dann erst bekommen die Hospitaliten den so zurechtgeschnittenen „Vorwärts“. Die Sorge des Herrn Bureauvorstehers um die gute Meinung der Hospitaliten geht so weit, daß bei seiner Abwesenheit der „Vorwärts“ solange nicht zur Verteilung gelangt, bis Herr Käbiger wieder zurück ist und seine Tätigkeit als Zensor wieder aufgenommen hat.

Wir sind der Meinung, daß der Bureauvorsteher Käbiger, wenn er ein solch lebhaftes Interesse für den Inhalt des „Vorwärts“ hat, diesen abonnieren soll. Die Veröffentlichung der Tatsache, daß der Bureauvorsteher Käbiger in Wuhlgarten sich das Recht eines Zensors anmaßt und täglich unbefugte Sachbeschädigungen vornimmt, dürfte genügen, damit die vorgesetzte Behörde des Zensors aus eigener Rechtsvollkommenheit diesen auf den Umfang seiner Rechte und Pflichten nachdrücklichst hinweist.

Sonntagsrückfahrkarten.

Die Vorteile der Sonntagsrückfahrkarten, die eine Ermäßigung von 33% Prog. gewähren und mit denen man bereits am Sonntag mittags 12 Uhr die Wochenendfahrt beginnen kann, während die Rückfahrt neuerdings erst am Montag bis 9 Uhr vormittags zu erfolgen hat, sind vielfach noch nicht genügend bekannt. Die Reichsbahndirektion Berlin hat daher ein künstlerisch ausgeführtes Bildplakat im Offsetdruck herstellen lassen, das in geographischer Anordnung die in der näheren und weiteren Umgebung Berlins liegenden Orte, die in den Sonntagsrückfahrkartengebieten einbezogen sind, ausführt. Verschiedene Zielorte sind durch andeutungsweise Biedergabe markanter Bauwerke bzw. sonstiger Eigenheiten einer Landschaftssilhouette gekennzeichnet. Zusätze mit Sonntagsrückfahrkarten kann der Berliner, wie wir diesem Uebersichtsplan entnehmen, bis Stettin oder bis Neubrandenburg, im Westen in den Harz bis Bernigerode und Blankenburg, im Süden bis Dresden oder in den Spreewald bis Lübbenau-Beichau, und nach dem Osten zu bis Buschmühle bei Frankfurt a. d. Oder und Guben ausdehnen. Ein amtliches Verzeichnis der Sonntagsrückfahrkarten gibt genaue Auskunft über die Preise für die einzelnen Verbindungen.

Ein unheimlicher Fund.

Gestern fanden Passanten an einem Bauzaun in der Parfstrasse zu Charlottenburg ein merkwürdiges Paket. Dort lag in einem Bogen der „Allgemeinen Zeitung“ vom 30. Juli 1926 eingewickelt ein menschlicher Schädel und ein Knochen. Der Regen hatte das Papier so weit aufgeweicht, daß der unheimliche Inhalt zutage trat. Ein Schupobeamter, der auf das Paket aufmerksam gemacht wurde, übergab es der Kriminalpolizei. Kriminalkommissar Raud vom Polizeiamt Charlottenburg stellte fest, daß es sich um ein sehr altes medizinisches Präparat handelt, das wahrscheinlich von einem Studenten oder Mediziner achtlos fortgeworfen wurde. Ein Verbrechen liegt auf keinem Fall vor.

Umlenkung von Straßenbahnlinien.

Wegen Erneuerungsarbeiten an der Eisenbahnbrücke am Bahnhof Frankfurter Allee werden am Sonntag, den 1. August, in der Zeit von 10¹⁵ Uhr vormittags bis 12¹⁵ Uhr nachmittags in beiden Richtungen die Straßenbahnlinien 13 über die Borghagener Straße nach Rosenfelder Straße, wie Linie 113, und 68 über Thaarstraße, Kollnplatz, Koedersstraße, wie die Linie 176, umgeleitet. Für die Linie 69 und 89 wird ein Umlenkbetrieb eingerichtet, so daß die Fahrgäste am Bahnhof Frankfurter Allee überfahren können.

Überführer für Umlenkbahnstellen. Sonntag, 1. August, Ausflüge nach dem Sternplatz. Treffpunkt 9 Uhr vormittags Bahnhof Strausberg, für Radfahrer auf der Höhe am Reubuler des Sees. Es wird um zahlreiche Beteiligungen gebitten.

Durch eine explodierende Granate getötet. Nach einer Meldung der „Lidove noviny“ aus Prag hat sich neuerlich ein schweres Unglück durch eine 7,5-Zentimeter-Granate ereignet, die in einem Walde der Stadt Kremniz in der Slowakei explodierte. Sieben Kinder wurden verletzt, vier davon schwer und eins tödlich. Gleichzeitig wird über die Verbrennung eines Offiziers und eines Soldaten durch eine Handgranatenerplosion in Rajchau Slowakei berichtet.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

12. Juli. Die Genossen treffen sich morgen zum Ausflug um 8¹⁵ Uhr früh nicht wie irrthümlich angegeben, um 7¹⁵ Uhr.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Reinhold V. Treffpunkt Sonntag früh 4 Uhr (nicht heute nachmittags) Ringbahnhof.

Gewerkschaftsbewegung

Zur Behebung der Arbeitslosigkeit. Was tun die städtischen Betriebe?

Uns wird geschrieben:
Zurzeit werden von Reich, Staat und Gemeinde Millionen Mark zur Behebung der Arbeitslosigkeit bewilligt. Das ist im Interesse der Erwerbslosen sowohl wie der Allgemeinheit unzweifelhaft richtig. Warum kommt aber der Magistrat nicht auf den Gedanken, die einzelnen Verwaltungsbezirks- und Dienststellenetats zu erhöhen, um so die Möglichkeit zu schaffen, etwamäßig mehr Arbeitskräfte einzustellen? Warum wird die Arbeiterzahl hauptsächlich in den Außenbezirken, die sich von Jahr zu Jahr mehr entwickeln, künstlich niedrig gehalten?

Die Außenbezirke sind, da ein Mehrbedarf an Arbeitskräften unzweifelhaft vorliegt, auf die Einstellung von Arbeitslosen angewiesen. Beantragte Erhöhungen der Lohnsummen im Etat werden in der Regel vom Stadtkämmerer gestrichen. Die Folge davon ist, daß die Verwaltungen gezwungen sind, Zeithilfskräfte vorübergehend einzustellen, die dann nach wenigen Wochen wieder entlassen werden müssen, weil keine Mittel zur Weiterbeschäftigung vorhanden sind. Hierbei sind nicht die Saisonarbeiter gemeint, die alljährlich für die gleiche, wiederkehrende Arbeit eingestellt werden, wie in den Parkverwaltungen usw.

Es steht fest, daß besonders in den nördlichen Außenbezirken die etwamäßigen Zahlen der Straßenreinigungs-, Kanalisations- und Parkarbeiter wesentlich erhöht werden müßten, ohne zu einer zwecklosen Ueberlastung der Betriebe zu führen. Also nicht Sparjamkeit an falscher Stelle! Auch die Bewohner der Arbeitergegenden haben einen Anspruch auf saubere, gepflegte Straßen, in denen auch Kanalisationsanlagen in ausreichendem Maße vorhanden sein sollten, was zurzeit durchaus nicht überall der Fall ist.

Bürden auch durch derartige Neueinstellungen in Berlin nicht gleich Zehntausende in Lohn und Brot kommen, so sollte man doch kein Mittel unangewendet lassen, um die Arbeitslosigkeit, sei es auch in kleinem Maße, zu beheben. Außerdem sollten hier die öffentlichen Behörden den Privatbetrieben mit gutem Beispiel vorangehen und die Erwerbslosenziffer nicht unnötig erhöhen.

Der Zentralverband der Schuhmacher 1925. Festigung trotz schwerer Krise.

In dem Jahrbuch 1925 des Zentralverbandes der Schuhmacher ist genau so wie in anderen Jahrbüchern unserer Gewerkschaften die gewerkschaftliche Tätigkeit des Verbandes eingeordnet in die wirtschaftliche Entwicklung der Zeit nach der Stabilisierung. Dadurch erst wird ein reifliches Verständnis der Bewegung im Jahre 1925 ermöglicht. Das Hauptgewicht ist indes auf die Zeichnung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in der Welt gelegt; die speziellen Verhältnisse in der Schuhindustrie sind nicht sehr eingehend dargestellt worden.

Immerhin entnehmen wir daraus, daß, abgesehen von den Monaten Mai und Juni, die Beschäftigung in der Schuhindustrie schlecht war, daß die Krise gegen Jahresende nie dagemessene Formen annahm. Nach der von dem Verband veranstalteten Erhebung bestanden am 1. Oktober 1925 1340 Schuhfabrikbetriebe mit zusammen 108 514 Arbeitern. Davon wurden in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1925 751 Betriebe mit zusammen 39 049 Arbeitern stillgelegt und nur 589 Betriebe mit zusammen 63 764 Arbeitern oder 58,8 Proz. arbeiteten weiter. Diese 589 Betriebe arbeiteten aber nicht etwa voll, sondern in 490 Betrieben = 79,1 Proz. wurde verkürzt gearbeitet bis zu 8 Stunden pro Woche. Wenn man dann noch 21 Betriebe mit 2401 Beschäftigten = 3,8 Proz., die Werkurlaub mit verschiedener Zeitdauer einführen, abzieht, so bleiben nur 78 Betriebe mit 10 908 Vollbeschäftigten, also 17,1 Proz. der Gesamtbeschäftigten in der Schuhindustrie.

Durch diese Tatsachen wird die Mitgliederbewegung im Jahre 1925 ohne weiteres verständlich. Der Verband, der 1913 44 902 Mitglieder im Jahresdurchschnitt zählte, zählte noch im 3. Vierteljahr 1925 89 459 Mitglieder, also 100 Proz. mehr als 1913. Erst durch die katastrophenhafte Verschärfung der Krise im letzten Vierteljahr senkte sich die Mitgliederzahl auf 84 412 — vielfach durch Abwanderung in andere Berufe —, so daß der Verband im Jahresdurchschnitt nur 87 233 Mitglieder zählte, gegen 89 449 Mitglieder im Jahresdurchschnitt von 1924. Die im Verhältnis zum Ausmaß der Krise geringfügige Senkung verrät uns eine Festigung der gewerkschaftlichen Verhältnisse gegenüber den unsicheren Inflationsjahren, und zwar eine Festigung auf einer sehr hohen Stufe.

Von den Arbeitern in industriellen Betrieben der Schuhfabrikation sind 65,3 Prozent im Zentralverband der Schuhmacher organisiert gegen 45 Prozent, die von den handwerksgelieferten organisiert sind. Dies spielt die geringere Erfassungsmöglichkeit der handwerksgelieferten wider, die ja zum Teil in kleinen Betrieben arbeiten. Bezeichnend für die Größe der Krise ist, daß die Zahl der Heimarbeiter beträchtlich gewachsen ist. 1923 zählte man in der Schuhindustrie 4619 Heimarbeiter, 1925 aber 7550, das sind 6,9 Prozent der Gesamtbeschäftigtenzahl. Man greift also in der Krise auf primitivere Wirtschaftsformen zurück.

Sehr kurz ist dann der Ueberblick über die Internationale Vereinigung der Schuh- und Lederindustriearbeiter gehalten, der 18 Länder mit 345 161 Mitgliedern umfaßt. Fast alle Landesorganisationen mußten von schweren Kämpfen um die Errungenschaften der Nachkriegszeit berichten.

In Deutschland haben die dem Reichstatarifvertrag widerstrebenden Kräfte in den Unternehmerverbänden anscheinend großen Einfluß erlangt, was die Lohnverhandlungen sehr erschwerte. Auch hier wollten die Fabrikanten Leistungssteigerungen ohne angemessene Lohnerböhung durchsetzen, was indes am Widerstand der Gewerkschaft scheiterte. Angemerkt werden muß hier, daß die Unternehmer besonders in der Pfalz — durch scheinbare Stilllegungen die Löhne ihrer Arbeiter zu drücken versuchten. Die machtvolle Position des Verbandes erkennt man, wenn festgestellt wird, daß 1925 151 Lohnbewegungen mit 141 911 Beteiligten ohne Arbeitseinstellungen erledigt wurden und nur 35 Lohnbewegungen mit 10 832 Beteiligten zu Streiks und Ausperrungen führten, ferner

daran, daß der Tarifvertrag Regel geworden ist. Am 1. Januar 1926 bestanden 33 Tarifverträge mit 102 942 Personen. Nur die Tarifverhältnisse in den handwerklichen Betrieben sind als rückständig anzusehen. Die gebesserten Finanzverhältnisse nach der Stabilisierung erlaubten dem Verbands ein Wiedereintrittreten sämtlicher Unterzweige. Von den Einnahmen, die sich auf 1 815 660 Mark für das Jahr 1925 belaufen, sind allein 530 137 Mark an Unterstufungen für Mitglieder ausgegeben worden. Die Leistungen pro Kopf des Mitgliedes liegen zwischen 8,20 Mark und 10,24 Mark. Diese verhältnismäßig geringe Leistung hängt zusammen mit den niedrigen Löhnen in der Schuhindustrie. Das Vermögen beträgt pro Kopf der Mitglieder 12,77 Mark und beträgt 1 077 541 Mark. Mit Rücksicht auf die kurze Zeit nach der Stabilisierung ist das nicht als ungünstig anzusehen.

Die Menschenfalle in Rummelsburg. Immer wieder schwere Unfälle.

Uns wird geschrieben:
In den letzten Wochen nach dem Streik sind zahlreiche Arbeiter durch das Antreibersystem verunglückt. Es wird der Dofferrückheit vorgezählt, in der Menschenfalle Rummelsburg sei alles in bester Ordnung. Hier die traurigen Tatsachen:

In der letzten Woche sind zahlreiche Unfälle zu verzeichnen. Die beiden Schlosser B. und F. der Firma Braß u. Herslet, die mit einer Bohrmaschine beschäftigt waren, stürzten von einer Höhe von 10 Metern auf das Straßenpflaster und blieben schwerverletzt liegen. Sie mußten nach Anlegung von Notverbänden in das Krankenhaus geschafft werden.

Weiter verunglückte der Schlosser S. der Firma Dürrwerke. Bei der Beschäftigung an einem Kettenzug schlug ihm die Lastenkette auf den Kopf, so daß er eine Verletzung davontrug.

Am selben Tage verunglückte der Kleber B. der Firma Braß u. Herslet. Beim Herunterfallen einer Mutter wurde ihm die linke Hand zerschlagen. Dem Schlosser B. der Firma Juch wurde bei einem Transport eines Trägers das linke Knie verletzt. Bei derselben Firma wurde dem Schlosser G. beim Ausbreiten eines Schusses der halbe Daumen abgerissen. Der Schmied T. der Firma Linke-Hoffmann, Breslau, stürzte von einem Gerüst und wurde in bedenklichem Zustande in das Krankenhaus eingeliefert.

Die am Donnerstag, den 29. Juli 1926, stattgefundene Betriebsversammlung hat sich mit diesen Unfällen befaßt und gegen die unzulänglichen Sicherheitsvorrichtungen, vor allem gegen das Antreibersystem, aufs schärfste Protest erhoben. Die Menschenfalle Rummelsburg hat schon zuviel Opfer gefordert.

„Die Arbeit.“

Das Jahrbuch der wissenschaftlichen Zeitschrift der deutschen Gewerkschaftsbewegung enthält einen Artikel aus der Feder des Vorsitzenden des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Friß Larnow, „Die deutsche Wirtschaftskrise“, S. Aufhäuser schreibt über Arbeitsbehörden, Carl Remmick über Gewerkschaften und Betriebsräte, Friß Kaphthalie über Kartellpolitik, Dr. Hans Arons über die Regelung der Elektrowirtschaft. Das Heft ist besonders deshalb zu empfehlen, weil in ihm kleinere Aufsätze Aufnahme fanden, die den Inhalt abwechslungsreicher gestalten. Es seien außer den bisher genannten noch besonders erwähnt der Aufsatz des Redakteurs E. Erdmann, Sozialismus als Aufgabe; der Artikel von W. Sturmfels, Die Auswahl der Hörer der Akademie der Arbeit, und von D. Albrecht, Die Besteuerung der Grundrente.

Kündigung der Lohnordnung im Bergbau.

Durch die Tariforganisationen beschlossen.
Bohum, 31. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die vier am Tarifvertrag beteiligten Bergarbeiterverbände beschlossen, die bestehende Lohnordnung zum 1. September zu kündigen.

Cool über den Beschluß der Bergarbeiter.

Auf keinen Fall Verlängerung der Arbeitszeit.
London, 31. Juli. (W.T.B.) Der Bergarbeiterführer Cool widerspricht auf das Nachdrücklichste der Meinung, daß er auf der gestrigen Delegierten-Konferenz des Bergarbeiter-Verbandes eine Rede gehalten habe, in der er sofortige Verhandlungen zur Herbeiführung bestmöglicher Bedingungen gefordert und erklärt habe, daß die Zeit gekommen sei, wo die Bergarbeiter der wirklichen Lage gegenüberzutreten müßten. Er stellte auch in Abrede, daß die Konferenz stürmisch verlaufen sei und daß er gefagt habe, er sei bereit, eher niedrigere Löhne als längere Arbeitsstunden anzunehmen. Er erklärte, die Delegiertenkonferenz habe den Geist der Kohlenbergwerker und die Entschlossenheit wiedergepiegelt, den Kampf zur Herbeiführung der Gerechtigkeit fortzusetzen.

London, 31. Juli. (E.P.) Die Kunstseidfabrik Courtaulde hat wegen Kohlenmangel den Betrieb eingestellt. 2000 Arbeiter werden dadurch arbeitslos.

Die wirtschaftlichen Folgen des Streiks.

London, 31. Juli. (W.T.B.) Ueber den Rücktritt Großbritanniens zu dem geplanten kontinentalen Stahlverband sagt die Daily News in einem Leitartikel, die Tatsache, daß Großbritannien im gegenwärtigen Augenblick eine längere Störung in seiner Kohlen-erzeugung durchmache, habe zweifellos die vertragsschließenden Teile bewogen, den britischen Beschluß, abseits zu bleiben, mit Gelassenheit aufzunehmen. Sie seien der Meinung, daß die Abschneidung der Kohlenlieferung die englischen Stahlmagnaten für längere Zeit zu nahezu völliger Ohnmacht verurteilt habe. Dies sei traurigerweise wahr. Die Hoffnung auf ein Wiederaufleben der Industrie im Herbst schwinde schnell, und es bestebe nur geringer Zweifel, daß Märkte, die von altersher britisch waren, möglicherweise für immer in die Hände von Ausländern gefallen seien. Gleichviel, ob es im Interesse Großbritanniens liege oder nicht, in eine Stahlkombination mit seinen Konkurrenten einzutreten, die Tatsache, daß diese über das britische Fernbleiben nicht bestürzt seien, werfe ein bedeutungsvolles Licht auf die gefährliche Lage des britischen Handels.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten H.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabenden von 9—3 Uhr und 5—7 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

Wirtschaft

Zur Lage der deutschen Bergindustrie. Für die Entwicklung und den heutigen Stand der deutschen Bergindustrie sind einige Berechnungen kennzeichnend. Nach Lloyds Register zeigt der Weltschiffbau von Anfang 1925 bis Mitte 1926 ununterbrochen rückläufige Tendenz; die Stapelläufe gingen von 606 000 auf 376 000 Tonnen zurück (38 Proz.), die Auftragsbestände von 2,40 auf 1,97 Millionen Tonnen (16,9 Proz.), die in Bau genommene Tonnanzahl von 395 000 auf 332 000 Tonnen (15,9 Proz.). Unter den großen Schiffbauländern steht Deutschland an 4. Stelle. Deutschland wurde von Frankreich überholt und zeigt die stärksten Rückgänge gegenüber dem gesamten Weltschiffbau. Seine Stapelläufe sanken in den anderthalb Jahren von 103 000 auf 23 000 Tonnen (Rückgang 77,9 Proz.), seine Auftragsbestände von 405 000 auf 149 000 Tonnen (63,2 Proz.), die in Bau genommene Tonnanzahl von 53 000 auf 39 000 Tonnen (26,4 Proz.). Die Auftragsbestände der deutschen Seeschiffswerften betragen in den einzelnen Quartalen seit Anfang 1925: 405 476 Tonnen, 407 366 Tonnen, 306 626 Tonnen, 234 145 Tonnen, 216 871 und 148 851 Tonnen; sie sind also ununterbrochen stark rückgängig. Charakteristisch ist das rapide Abfallen der prozentigen Beteiligung Deutschlands am Weltschiffbau. Der Anteil der deutschen Stapelläufe sank in den anderthalb Jahren von 17 Prozent auf 6 Prozent, der der Auftragsbestände von 17 Prozent auf 7,5 Prozent und der in Bau genommene Tonnanzahl sank bis Ende 1925 sogar von 13 Prozent auf 1,1 Prozent, um seitdem wieder auf 11,7 Prozent anzuwachsen. Auch England bleibt unter dem Weltdurchschnitt; aber die englischen Rückgänge sind noch nicht halb so groß als die deutschen. Der bedeutende Rückgang des deutschen Anteils am Weltschiffbau zeigt, daß die noch im vorigen Jahre wenigstens für bestimmte Teile der deutschen Bergindustrie vorhandene Konkurrenzfähigkeit zurückgeht und das, obwohl 50 Millionen an Kredite zu äußerst niedrigen Zinsen der Bergindustrie gegeben wurden! Es sollte nun doch endlich einmal nachgehört werden, ob und inwieweit die Bergindustrie den ihr vom Reich gewährten Sondertredit dazu ausgenutzt hat, um ihre Gekostungen zu senken.

Die Verschwendung in der Industrie. Ein aufschlußreiches Beispiel für die Verschwendung wertvoller Rohstoffe in der Industrie wurde auf der internationalen Lederindustrieforenz geliefert. Am Ausschluß für Stabilisierung des Rohwarenmarktes wurde darauf hingewiesen, daß viele Millionen gerodneter Häute und Felle nicht auf den Markt kommen, sondern liegen bleiben und in ihren Erzeugungsländern verderben, während ein bedeutender Prozentsatz dieser Häute und Felle nutzbar gemacht werden könnte. Der hieraus erwachsende wirtschaftliche Schaden ist mit mindestens 100 Millionen Mark pro Jahr anzulegen. Vor allen Dingen sind die in manchen Ländern noch bestehenden Ausfuhrzölle und Ausfuhrverbote die Ursache dafür, daß während der letzten Jahre so große Mengen Häute und Felle verderben mußten, anstatt der Wirtschaft nutzbar zugeführt zu werden.

Stimmrechtsaktien auch in Frankreich. Die französische chemische Fabrik „Compagnie Nationale de Matières Colorantes et Manufactures de Produits Chimiques du Nord Réunies Etablissements Kuhlmann“ schlägt der außerordentlichen Generalversammlung eine Kapitalerhöhung von 180 auf 190 Millionen Franken vor durch eine Aktienemission von 100 000 Aktien zu 100 Franken. Die Aktien werden als Namensaktien ausgegeben und können nur mit Zustimmung der Verwaltung verkauft werden. Sie werden mehrfaches Stimmrecht erhalten. Diese Kapitalerhöhung hat also lediglich den Zweck, die Gesellschaft vor eine Ueberfremdung zu schützen. Man geht demnach jetzt in Frankreich dazu über, dieselben Mittel anzuwenden, wie damals in Deutschland zurzeit der Inflation, um die wichtigen großen französischen Betriebe vor einem Eindringen ausländischen Kapitals über den Weg der Börse zu schützen. Bekanntlich wurde seitdem mit den Stimmrechtsaktien in Deutschland viel Mißbrauch getrieben. Heute sind sie hier nur ein Mittel, um kleinen Gruppen ohne Geldaufwand die Herrschaft über große Produktionsbetriebe zu sichern.

Sport.

Damen-Frankreich Sieger in der Straßenweltmeisterschaft für Amateur-Radrennfahrer. Sie wurde auf der 183 Km. langen Strecke Mailand-Turin ausgetragen. Sieger blieb der französische Dahn in 5 Std. 57 Sek. mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 30,788 Km. Zweiter wurde Meribel-Frankreich, dritter Bolano-Italien, vierter Bohrer-Schweiz, fünfter Grande-Italien. Erst an zweiter Stelle kam der Deutsche Gugau-Frankfurt a. M., an erster Reigner-Schweinfurt, an zwölfter Günther-Gemmnig. Meyer-Leipzig hatte Defekte und geriet auf den 84. Platz. Im Länderklassement steht Frankreich mit 9 Punkten an der Spitze, vor Italien mit 18 Punkten, Deutschland mit 32 Punkten, Oesterreich mit 36 und England mit 53 Punkten.

Die abermals verregneten Radrennen der Rüt-Krene sollen nunmehr am Sonntag nachmittag 4 Uhr vor sich gehen.

Theater der Woche.

Vom 1. August bis 9. August 1926.
Schiller-Theater: Die leichte Hebel. — Deutsches Theater: Das Gel. — Die Komödie: Die heilige Vererin. — Theater in der Kaiserstraße: Straße der Garten Eden. — Komödienhaus: Drei Räder von heute. — Renaisance-Theater: Eiferhakt. — Deutsches Künstler-Theater: Der Robelpreis. — Theater am Kurfürstendamm: Noanne. — Rittens-Theater: Der Ruffertag. — Krieger-Theater: Lederhosen. — Berliner Theater: Donnerwetter — ganz famos! — Trianon-Theater: Kampf in der Johannisnacht. — Komische Oper: Berlin ohne Bomb. — Hof-Theater: Die. — Schloßpark-Theater: Stralig. 1. 2. Ein Wäldertraum. — Ab 3. Schwarzmalzmödel. — Theater in der Südpolstraße: Spreemalzmödel. — Metropol-Theater: Die 2. Rückport (Regenwau). — Ab 3. Gesamt-ausführung Schneider Bibbel und die Regentropfen sind pebble. — Central-Internationaler Variete. — Nachmittagsvorstellung. Metropol-Theater: 1. Wolf people.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geget; Wirtschaft: Kriss Gatenas; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Religion: Dr. John Schimanski; Solales und Sonstiges: Reiz Karthdt; Anzeigen: H. Gluck; Ähnlich in Berlin. Verlag: Hermann-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Berliner - Elektriker - Genossenschaft
Berlin N 24, Elsassstr. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf Fernsprecher Norden 65 25 u. 65 26 | Landhausstraße 4. Tel.: Pfalzburg 9631
Ausstellungsräume und Lager
Alexanderstr. 39-40 (Alexander-Passage) Tel.: Königsstadt 540.
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfanges zu kulantem Zahlungsbedingungen.
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen

Lebenslängliche Garantie
leiste ich als Selbsthersteller auf die bei mir gekauften
Trauringe
zu billigsten Preisen
In den gediegensten Ausführungen
Preisliste gratis
Ges. geschützt
Hermann Wiese, Berlin N 24, Artilleriestr. 38
W, Passauer Straße 12

Verlangen Sie nur die verbesserte und geräuschlose
Patent-Ketten-Matratze
Original Befema
„Gloria“ u. „Elastika“ 20 J. Garantie!
Patentamtlich geschützt Nr. 676 999.
Für schwere Belastung. Überall erhältlich.
Nur echt mit dem Stempel „Befema“ der Berliner Feder-Matratzen-Fabrik, Berlin O. 27, Blumenstr. 33

Der gute **Kapitän-Kautabak**
ist das merke Diagonale
qualitätsmäßig erhältlich
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgst. 3861

URANIA
12 Monatshefte und 4 wertvolle Bücher vierjährlich... nur 1,60 Mk. mit Ganzleinen-Buch 2,25 Mk.
Probhefte und Prospekte gratis
Zu beziehen durch: Annahmestelle und die Buchhandlung des „Vorwärts“

Tapeeten von 25, 30, 35 Pl. an
Riesenauswahl, herrliche Muster, Linoleum u. Wachstuche, Cocomatten nur bester Qualität in großer Auswahl.
R. Lode, Artilleriestraße 36a, Ecke Elsassstr. Straße

Korbmöbel! Sonderangebot!
An Private zu Engrospreisen. Eigene Fabrikate in gediegenen Ausführungen kaufen Sie in großer Auswahl und billig bei
Wilhelm Schulze
Monbijouplatz 12, Hof part. Nähe Hackescher Markt
Zahlungserleichterung
Telephon: Alexander 4112